

Nur eine Partei ruft aus

Das Solothurner Sozialgesetz ist in die Jahre gekommen. Das Update für das Gesetz dürfte gute Chancen haben.

Raphael Karpf

Das Solothurner Sozialgesetz soll eine Auffrischung erhalten. Der Grund: Verschiedenste Angebote und Dienstleistungen wurden in den vergangenen Jahren überarbeitet. Nun soll die neue, gelebte Praxis auch im Gesetz wiedergegeben werden. Betroffen sind insbesondere:

— **Integration:** In den vergangenen Jahren wurde die Integration von Ausländerinnen und Ausländern verstärkt zu einer Aufgabe der Gemeinden gemacht. So findet etwa der Infoanlass für neu zugezogene Ausländerinnen und Ausländer schon lange nicht mehr zentral in Solothurn statt, sondern in den jeweiligen Gemeinden. Auch weitere Massnahmen für die Förderung der Integration (insbesondere Beratungsangebote) sind Aufgabe der Gemeinden. Dem Kanton obliegen nur noch Sanktionen, wenn die Integration verweigert wird. Zudem betreibt der Kanton eine Anlauf- und Koordinationsstelle für Integration, um die Gemeinden zu beraten und zu unterstützen. Dieses Projekt mit dem Namen «start.integration» ist mehrheitlich abgeschlossen, 98 der 107 Gemeinden haben die notwendigen Integrationsstrukturen geschaffen.

— **Diskriminierung:** Heute führt der Kanton eine Anlauf- und Koordinationsstelle für Integration und gegen Rassismus. Damit soll die Diskriminierung



Deutschkurse sind eine ganz zentrale Integrationsmassnahme.

Bild: Alex Spichale

von Ausländerinnen und Ausländern bekämpft werden. Eine Beschränkung auf diese Personengruppe sei nicht mehr zeitgemäss, so der Kanton. Darum soll die Stelle in eine allgemeine Anlaufstelle für Chancengleichheit umfunktioniert werden, die jegliche Form von Diskriminierung bekämpfen soll. Insbesondere auch diejenige von Menschen mit einer Behinderung.

— **Religion:** Beschränkte sich der Kanton früher darauf, den

Dialog zwischen den verschiedenen Religionen zu fördern, hat er inzwischen die Koordinationsstelle für Religionsfragen geschaffen. Diese Stelle soll nicht nur das gegenseitige Verständnis unter den Religionen verbessern, sondern regelt auch, welche gesamtgesellschaftlichen Leistungen Religionsgemeinschaften erbringen.

Da dies alles Stellen sind, die es bereits heute gibt, entstehen durch die Gesetzesänderungen

keine zusätzlichen Kosten. Einzig für die neun Gemeinden, die noch keine Integrationsstrukturen geschaffen haben, hat sie Folgen.

Mehrere Detailänderungen werden angeregt

Wohl auch deshalb stösst die geplante Gesetzesänderung in der Vernehmlassung nur auf wenig Kritik. Es sind Details, die die Parteien und Verbände anregen. Nur eine einzige Partei äussert deutliche Kritik.

Die **Grünen** fordern, dass Sprach- und Integrationskurse vom Kanton selbst oder geeigneten Anbietern geführt und nicht an die Gemeinden delegiert werden. Die **SP** verlangt unter anderem, dass der Kanton Weiterbildungen anbietet, damit die Gemeinden auf genügend qualifiziertes Personal zurückgreifen können, um die jeweilige Ansprechstelle für Integrationsfragen auch besetzen zu können. Die **Mitte** betont, dass bei der Integration künftig

nicht noch mehr Aufgaben an die Gemeinden abgegeben werden dürfen.

Die **FDP** steht den Koordinationsstellen für Diskriminierungsschutz und Religion kritisch gegenüber: «Meist führen solche neuen Stellen zu einem Zusatzaufwand bei denen, welche die zu ergreifenden Massnahmen umsetzen müssen.» Und der **Einwohnergemeindeverband** verlangt, dass der Kanton die Gemeinden stärker für die Integrationsmassnahmen entschädigt.

Und schliesslich hat auch die **SVP** an der Vernehmlassung teilgenommen. Als einzige Partei zerreisst sie das Gesetz und holt dabei zum Rundumschlag aus. Diskriminierung sei nicht für fehlende Integration verantwortlich, darum seien falsche Schlüsse gezogen worden und das Gesetz sei «geprägt von linker Ideologie». Auch brauche der Schweizer Bürger keine «paternalistische Erklär-Behörde, welche ihm immer wieder eintrichern will, wie diskriminierend er sich verhält».

Konkret spricht sich die **SVP** gegen die Anlaufstelle für Chancengleichheit und gegen die Koordinationsstelle für Religionsfragen aus. Die Gemeinden sollen die Kosten für die Integrationsstellen vom Bund vergütet bekommen, zudem sollen die Gemeinden Personen sanktionieren können, welche die Integration verweigern.

«Der legale Handel mit Cannabis schafft Arbeitsplätze»

Jan Schmidt, Präsident der Jungen GLP, möchte Hanf als «verlorene Tradition» wiederbeleben. Das Potenzial sei riesig, nicht zuletzt für Einsparungen bei den Krankenkassen.

Christof Ramser

Wenn man Ihre Partei wählt, wie sieht die Schweiz dann in 15 Jahren aus?

Jan Schmidt: Unser Ziel ist eine innovative und zukunftsorientierte Schweiz, sei es in der Energieproduktion, bei den Lebensmodellen oder der Cannabislegalisierung. In 15 Jahren werden die meisten Gebäude mithilfe erneuerbarer Energien und Stromspeichern zu eigenen Kraftwerken. Mit dieser und vielen anderen Massnahmen wird die Schweiz zu einem klimaneutralen Finanzplatz und kann sich erneut international einzigartig positionieren. Dies wird auch durch die Zusammenarbeit im europaweiten Nachtzugnetz-

werk erreicht, wodurch Kurzstreckenflüge auf ein Minimum reduziert werden können. Die Schweiz kann hier mit ihrem fortschrittlichen Bahnsystem als Vorreiterin fungieren. In unserer Zukunft wird es weniger Hindernisse für Familien geben. Wir fordern bereits seit langem eine Elternzeit, bei der Eltern die benötigte Zeit für Familie und Erwerbstätigkeit selbst bestimmen können. Hier müssen wir unserer Realität gerecht werden und Chancengleichheit für alle Familienmodelle erreichen. Auch verlorene Traditionen möchten wir wiederbeleben: den Hanf. Tatsache ist, dass mehr als eine Viertelmillion Menschen in der Schweiz Cannabis konsumieren. Wenn wir den Handel mit Cannabis legalisieren, schaffen wir Arbeitsplätze, stärken unsere Sozialsysteme und stellen sicher, dass sauberes Marihuana konsumiert wird. Dies birgt ein riesiges Potenzial für Mehreinnahmen durch Besteuerung und Einsparungen in den Krankenkassen. Auch die Schweizer Landwirtschaft kann von einer lockeren Regulierung in diesem Bereich profitieren.



Jan Schmidt, Co-Präsident JGLP Solothurn. Bild: zvg

Was unterscheidet Sie von Ihrer Mutterpartei?

Wir setzen uns besonders für die Interessen der Digital Natives ein. So zum Beispiel bei realitätsfernen Bundesentscheiden wie Lex Netflix oder der Benutzung von Gesichtserkennungssoftwares bei den SBB. Auch bei einem weiteren Anliegen, welches nur die junge Bevölkerung betrifft, möchten wir neue progressive Lösungen: der Wehrpflicht. Wir schlagen einen Einsatz, unabhängig von Geschlecht und Herkunft, zugunsten der Allgemeinheit vor.

Wie stehen Sie zum Stimmrechtsalter 16?

Am politischen Diskurs sollen so viele Menschen wie möglich teilnehmen. Wir unterstützen also diese Forderung. Man kann klar erkennen, dass Österreich mit Italien die höchste Wahlbeteiligung von jungen Personen in der EU hat. Auch die Schweiz sollte sich zum Ziel setzen, eine hohe Mobilisierung junger Wählerinnen und Wähler zu erreichen, denn diese Menschen müssen am längsten mit den Entscheidungen von heute leben. Dies würde auch langfristig das Vertrauen in unsere Politik stärken.

Warum betreiben Sie als junger Mensch Parteipolitik? Und wie kommt Ihr Engagement im Freundeskreis an?

Ich finde es essenziell, dass eine möglichst diverse Personengruppe in der Politik beteiligt ist. Dazu gehören auch die Stimmen der jungen Menschen. Wir haben ein erhaltenswertes politisches System, welches nur durch das Nachrutschen von engagierten jungen Personen weiterleben

kann. Mein Umfeld freut sich über meinen Einsatz und unterstützt mich sehr. Am meisten werde ich wohl zu politischen Themen aller Art

befragt. Oft führt dies zu angeregten und konstruktiven Diskussionen, welche notwendig sind, um eine Zukunft für alle zu gestalten.

Wahlserie

In einer Serie lassen wir die Präsidentinnen und Präsidenten der Solothurner Jungparteien zu Wort kommen. Heute Jan Schmidt, Co-Präsident Jungen Grünliberalen. (szz)

ANZEIGE

FDP Die Liberalen

Liste 2

22. Oktober 2023

Johanna Bartholdi in den Nationalrat

Christian Thalmann in den Nationalrat

Ein Duo mit umfassenden Kenntnissen, Kompetenzen und Kreativität!

Anpacken statt ankleben!